



Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 80327 München

Per E-Mail

Alle privaten Grundschulen (per OWA)

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben)
IV.8-BO4207.6.1/45/2

München, 06.03.2024
Telefon: 089 2186 0

**Antragsverfahren für die Einrichtung gebundener Ganztagsangebote
an Grundschulen in freier Trägerschaft zum Schuljahr 2024/2025**

Anlagen:

1. Antragsformular
2. Vorlage zur Erstellung eines pädagogischen Konzepts

Sehr geehrte Frau Schulleiterin, sehr geehrter Herr Schulleiter,

der bedarfsorientierte Ausbau gebundener Ganztagsangebote wird zum Schuljahr 2024/2025 weiter fortgesetzt. Deshalb können auch im kommenden Schuljahr an privaten Ersatzschulen im Grundschulbereich weitere gebundene Ganztagszüge eingerichtet werden.

Für das Antrags- und Genehmigungsverfahren zur Einrichtung gebundener Ganztagsangebote an Grundschulen in freier Trägerschaft im Schuljahr 2024/2025 gelten die Bekanntmachung zu gebundenen Ganztagsangeboten an Schulen vom 10. Februar 2020 (AZ. IV.8 - BO 4207 - 6a.10 155) in der jeweils gültigen Fassung und die nachfolgenden Hinweise und Bestimmungen.

Ausdrücklich möchten wir darauf hinweisen, dass für bereits eingerichtete und genehmigte gebundene Ganztagsangebote keine erneute Antragstellung erforderlich ist.

Um eine Zusage auf Förderung für ein gebundenes Ganztagsangebot zu erhalten, ist ein entsprechender Antrag vom Schulträger in Absprache mit der jeweiligen Schule unter Verwendung des beigefügten Formblatts (siehe Anlage) zu stellen.

Der Schulträger verpflichtet sich bei der Antragstellung, den für den Ganztagsbetrieb anfallenden zusätzlichen Schulaufwand zu tragen. Der konkrete Betrag der zum Schuljahr 2024/2025 erhöhten staatlichen Zuwendung zur Abdeckung des zusätzlichen Personalaufwandes in Form eines gewährten Festbetrages pro gebundener Ganztagsklasse wird im weiteren Verlauf des Antrags- und Genehmigungsverfahrens alsbald möglich bekannt gegeben.

Entscheidendes Kriterium für die Zusage auf Förderung des Ganztagsangebotes ist die Qualität des dem Antrag beizufügenden pädagogischen Ganztagskonzeptes, das von Schulleitung und Kollegium und unter Beteiligung von Elternbeirat bzw. Schulforum - individuell ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler vor Ort - zu erarbeiten ist. Eine Vorlage für die Erstellung eines pädagogischen Konzeptes ist diesem Schreiben ebenfalls als Anlage beigefügt. Bei Erstanträgen muss ein ausführliches pädagogisches Konzept beigelegt werden. Hierbei sind die im Qualitätsrahmen für gebundene Ganztagschulen definierten Basisstandards zu beachten.

Ferner ist für die Ganztagsklasse ein entsprechender Stundenplanentwurf einzureichen, aus dem die rhythmisierte Tages- bzw. Unterrichtsgestaltung sowie durch farbliche Kenntlichmachung die Verwendung zusätzlicher Lehrerwochenstunden und der geplante Einsatz des weiteren pädagogischen Personals hervorgehen.

Als Nachweis, dass mittelfristig ausreichende Schülerzahlen und somit das Zustandekommen eines gebundenen Ganztagszuges bzw. einzelner Ganztagsklassen auch in den kommenden Schuljahren als hinreichend gesichert erscheinen, ist dem Neuantrag auf Einrichtung eines gebundenen Ganztagsangebotes zudem grundsätzlich eine Schülerprognose bzw. Statistik der Schülerzahlen grundsätzlich für den Zeitraum der kommenden fünf Schuljahre beizufügen.

Die Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren für den Ganztagsbereich an den Bezirksregierungen stehen Ihnen bei Rückfragen zur Planung und Durchführung der schulischen Ganztagsangebote sowie zur Antragstellung gerne beratend zur Seite. Weitere Informationen finden Sie auch im Internetportal des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus: www.km.bayern.de/ganztagsschule.

Ein Rechtsanspruch auf Förderung eines gebundenen Ganztagsangebotes besteht derzeit nicht. Die Entscheidung über die Bewilligung wird bei Einhaltung der Genehmigungsvoraussetzungen nach Ermessensausübung der zuständigen Regierung getroffen. Entfällt eine Zuwendungsvoraussetzung nachträglich, kann die Bewilligung ganz oder teilweise widerrufen werden.

Die Frist für die Antragstellung (Eingang bei der Regierung) endet am

Freitag, 19. April 2024.

Bis zu diesem Termin sind folgende Unterlagen über das Staatliche Schulamt bei der zuständigen Regierung einzureichen:

1. Unterschriebenes Antragsformular im Original
2. Pädagogisches Konzept für das beantragte Ganztagsangebot mit Angaben zu:

- der Zusammensetzung der Schülerschaft - insbesondere im Hinblick auf Förderbedarf und soziale Situation
 - der Gesamtschülerzahl und Klassenanzahl der Schule im aktuellen Schuljahr und voraussichtlich zum Schuljahr der Einrichtung des Angebots
 - zur räumlichen Situation an der Schule
 - zur Mittagsverpflegung an der Schule
3. Stundenplanentwurf für das beantragte Ganztagsangebot mit Kennzeichnung der zusätzlichen Lehrerstunden und geplanten Angebote der weiteren pädagogischen Kräfte
4. 5-Jahres-Statistik der Schülerzahlen (Schülerprognose)

Das zuständige Staatliche Schulamt fügt dem Antrag eine aussagekräftige Stellungnahme bei. Das Schulamt hat dabei insbesondere auch konkrete Aussagen zur örtlichen Schulsituation zu treffen.

Nachdem die Anträge durch die Regierung geprüft und bewertet wurden, werden die Antragsteller so bald wie möglich darüber informiert, ob der Antrag bewilligt werden konnte.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Alexandra Brumann
Ministerialrätin